

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
 I M B U N D E S T A G


Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

## **DIE LINKE - einzige Anti-Hartz-IV-Partei!**

### von Dagmar Enkelmann

Hartz IV muss weg. Dieser Forderung ist DIE LINKE seit 2005 treu geblieben. Immer wieder bestätigen Forscher, unabhängige Institute und selbst der von der Regierung angefertigte Armuts- und Reichtumsbericht, dass die Armut in Deutschland zunimmt.

Jüngstes Beispiel ist eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Darin wird nachgewiesen, dass die zunehmende Armut in Deutschland vor allem auf das Hartz-IV-System zurückzuführen ist. Weil man erst seine Ersparnisse aufbrauchen muss, um staatliche Hilfen zu bekommen, hätten immer weniger Menschen "finanzielle Polster". Kein Wunder, dass das Vermögen der Reichen in den letzten Jahren entsprechend stieg: Nach dem DIW verfügt das wohlhabenste Zehntel der Bevölkerung über zwei Drittel des privaten Vermögens.

DIE LINKE setzt sich deshalb seit ihrer Gründung für eine Abschaffung dieser menschenunwürdigen Sozialreform ein. Wir fordern eine sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 435 Euro und treten für angemessene Freibeiträge ein. Zudem muss der Zwang zu arbeiten des Schröder-

schen "Forderns und Förderns" beendet werden.

Mit ihrem Vorschlag einer sozialen Mindestsicherung ist DIE LINKE die einzige Partei in Deutschland, die sich für eine sofortige Abschaffung von Hartz IV einsetzt. Dabei geht es nicht um ein "Hartz-IV-Light", sondern um eine wirkliche Alternative. Neben den genannten sofortigen Maßnahmen muss aber auch Platz und Zeit sein, längerfristig über grundsätzliche Veränderungen nachzudenken. Dabei sind Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) produktiv und anregend. Doch diese Diskussionen müssen von der gesamten Partei und nicht nur von der Bundestagsfraktion geführt werden.

In der aktuellen Debatte geht es darum, den Betroffenen schnell zu helfen. Mit der vorgeschlagenen bedarfsorientierten Mindestsicherung der Fraktion DIE LINKE soll deshalb eine schnell umsetzbare Alternative geschaffen werden. Diese Forderungen der LINKEN sind in einem Entschließungsantrag festgehalten. Diesen hat DIE LINKE Ende Januar eingebracht.

**DIE LINKE Mindestsicherung:**

[http://www2.kirstentackmann.de/uploads/mindestsicherung\\_beschluss\\_fraktion.pdf](http://www2.kirstentackmann.de/uploads/mindestsicherung_beschluss_fraktion.pdf)

### **In dieser Ausgabe:**

**Schallende Ohrfeige für Merkel & Co.**  
Diana Golze

**Deal nicht gesetzlich erlauben, sondern gesetzlich verbieten**  
Wolfgang Neskovic

**Die Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern muss endlich wirksam durchgesetzt werden**  
Kirsten Tackmann

**Bessere Internetkompetenz für Silver Surfer**  
Lothar Bisky

**Pressemittelungen und Reden der Landesgruppenmit-**

**Rückblick auf die Sitzungswoche**

## News- letter

Jetzt **DIE LINKE.**  
abonnieren

**- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -**

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: [kirsten.tackmann@bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann@bundestag.de)

**Schallende Ohrfeige für Merkel & Co.**  
**von Diana Golze**

Das Bundessozialgericht hat in dieser Woche entschieden, dass die Kinderregelsätze im SGB II und XII verfassungswidrig sind. Das Bundesverfassungsgericht wird darüber nun zu entscheiden haben. Damit bestätigt sich endlich die Auffassung der LINKEN. „Hartz IV ist Armut per Gesetz“ – ganz besonders für Kinder. Die prozentuale Ableitung des Regelsatzes für Kinder vom Bedarf eines Erwachsenen verstößt nach Ansicht des Gerichts gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Die Herleitung der Kinderregelsätze entbehrt jeder nachvollziehbaren Bemessensgrundlage. Damit wird eine Hauptkritik an der verfehlten Hartz IV-Politik nunmehr vom Gericht geteilt. Nur die Bundesregierung stellt sich stur. Nach ihrer Auffassung besteht auch nach diesem Urteil kein Handlungsbedarf. Mit dem Konjunkturpaket II sollen die Regelsätze für die 6 bis 13jährigen Kinder um 10 Prozent – das macht 35 € im Monat – angehoben werden.



Damit würde man dem Anliegen des Gerichtes bereits Rechnung tragen – so die Meinung von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz. Auch der Entschließung des Bundesrates vom letzten Jahr, der eine Neubemessung des Regelsatzes für alle Kinder forderte, sei damit entsprochen. Im Übrigen solle man mit dieser Anhebung für einen Teil der Kinder zufrieden sein. Unter einer anderen Regierungskonstellation wäre es wohl zu einer Absenkung der Regelsätze für die unter 6 und über 13jährigen Kinder gekommen. Seid also zufrieden, liebe Kinder, dass es

wenigstens die SPD gibt, die Schlimmeres verhindert hat! Die Haltung der Bundesregierung könnte zynischer nicht sein! Trotz aller Armutsberichte, Studien und Hilferufe von Vereinen und Verbänden macht die Koalition beide Augen zu und redet sich die Welt schön. Damit ist aber den Kindern nicht geholfen! Wir bleiben deshalb bei unserer Forderung nach einer sofortigen Anhebung der Kinderregelsätze und einer baldigen Einführung einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung für alle Kinder!

**Deal nicht gesetzlich erlauben, sondern gesetzlich  
 verbieten**

**von Wolfgang Neskovic**



Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag über einen Gesetzentwurf der Koalition zum sogenannten Deal im Strafverfahren debattiert. Deal heißt: Die Verteidigung, die Staatsanwaltschaft und das Gericht treffen Absprachen, in denen Geständnisse vereinbart und bestimmte Strafen zugesichert werden.

Der Deal ist bislang gesetzlich nicht geregelt. Er ist jedoch inzwischen in der Realität deutscher Gerichtssäle zum Alltag geworden. Die Koalition will ihn nun auf eine gesetzliche Grundlage stellen.

Nach Auffassung der LIN-

KEN muss der Deal nicht gesetzlich erlaubt, sondern gesetzlich verboten werden. Er stellt einen unwürdigen Handel mit der Gerechtigkeit dar. Das Strafgesetzbuch ist jedoch kein Handelsgesetzbuch.

Der Deal des Gesetzesentwurfes betrifft dabei keine Kleinkriminalität mit geringer Schuld, die in der Regel leicht aufzuklären ist. Er betrifft Fälle mit großer Schuld, die meist viel schwerer aufzuklären sind. So stellt eine Steuerhinterziehung von mehreren Millionen Euro, ein für den Deal typisches Delikt, eine grobe Asozialität gegen-

über der Gesellschaft dar. Das hinterzogene Geld trägt dazu bei, dass die Kassen des Staates leer sind und so Schulen, Kindergärten und Universitäten, Polizei und Gerichte nicht über genug Mittel verfügen.

Der wesentliche Grund, der die Gerichte dazu veranlasst, sich auf einen Deal einzulassen, ist praktischer Natur: Für komplizierte und langwierige Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren fehlen den Gerichten nach jahrzehntelangen Sparmaßnahmen schlicht die notwendigen personellen und sachlichen Mitteln. Wohlhabende Angeklagte nutzen das und machen aus dem Gerichtssaal einen Marktplatz.

Die LINKE fordert ein Ende dieses unwürdigen Geschachers. Die Justiz muss endlich so ausgestattet werden, dass sie auch komplexe Fälle ohne Mithilfe des Angeklagten aufklären kann.

### Die Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern muss endlich wirksam durchgesetzt werden

von Kirsten Tackmann

Frauen erhalten durchschnittlich 24 Prozent weniger Lohn als Männer. Das reiche Deutschland rangiert damit an viertletzter Stelle in der EU. Dabei verpflichtet der EG-Vertrag bereits seit 1957 die Bundesregierung gleiches Entgelt für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicherzustellen.

Am 28. Januar nahm sich der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Themas Entgeltgleichheit an. Grundlage für die öffentliche Anhörung waren Anträge von LINKEN, FDP und Grünen. Es war wie leider so oft: in der grundsätzlichen Bewertung der Situation waren sich scheinbar alle einig. Die Unterschiede bestanden in den politischen Antworten auf die eigentlich wichtige Frage: welche Wege sind wir bereit zu gehen, um die Entgeltgleichheit durchzusetzen? DIE LINKE fordert in ihrem Antrag »Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern wirksam durchsetzen« (16/11192) u.a. einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, bessere Rechtsdurchsetzung durch



ein Verbandsklagerecht und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Die Dringlichkeit dieser Forderungen wurde durch die Ausführungen zahlreicher Sachverständiger bekräftigt.

Die Große Koalition dagegen wird sich bis zum Ende dieser Legislaturperiode nicht mehr bewegen. Die Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion erklärte bereits Mitte Dezember ihr Bedauern, dass die Verhandlungen mit der CDU/CSU-Fraktion über einen Antrag zur Beseitigung der Lohndiskriminierung von Frauen gescheitert sei.

Damit gibt es derzeit keine Bundestagsmehrheit für die dringend notwendigen

gesetzlichen Maßnahmen zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit.

Verliererinnen sind die Frauen, denen nicht nur heute das Geld in der Börse fehlt, sondern auch dieses Viertel in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Rente.

Diese soziale Ungerechtigkeit verschärft die ohnehin bedrohte selbständige Existenzsicherung und Altersversorgung von Frauen. Frauen wollen und haben das Recht auf fair bezahlte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dafür wird DIE LINKE weiter konsequent streiten.

### Bessere Internetkompetenz für Silver Surfer

von Lothar Bisky



Der Zugang zum Internet ist ein Zugang zu Kommunikation und Information in unserer Gesellschaft. Er berührt Grundfragen demokratischer Beteiligung. Nach dem Kommunikationswissenschaftler Manuel Castells wird die künftige Welt des Netzes von zwei unterschiedlichen Gruppen bewohnt: Den *Interagierenden* und den *Interagierten*. Erste sind in der Lage, Kommunikationskreisläufe aktiv auszuwählen und letztere sind jene, die aufgrund von Zugangsbeschränkungen an der gesellschaftlichen Kommunikation nicht teilhaben können.

Alle wissenschaftlichen Befunde zur Mediennutzung zeigen, dass Medien je nach Bildungsgrad, Er-

werbstätigkeit, Einkommen, Geschlecht und *Alter* sehr unterschiedlich genutzt werden. Insbesondere für *Ältere* besteht ein Bedarf, Anreize zur Internetnutzung zu schaffen. Über eine *Stärkung ihrer Medienkompetenz* können ältere Menschen an elektronischen Nachrichten und Informationen, an den Formen von elektronischer Verwaltung und Demokratie teilhaben und z.B. E-Commerce sinnvoll nutzen.

Allen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe an digitaler Kommunikation zu ermöglichen, das ist uns LINKEN ein Grundanliegen. Und es gilt auch und gerade für die Älteren. Nicht nur in Phasen abnehmender Mobilität können elektronische Kommunika-

tionsmittel für Ältere einen hohen Gebrauchswert haben.

Allerdings: Älteren Menschen zu ermöglichen, sich in und mit der Technik Neuer Medien zu Recht zu finden, ist immer noch eine Kostenfrage. Die Internetnutzung kostet schlicht Geld. Laut Statischem Bundesamt gaben Anfang 2007 31,9 Prozent über 65jährigen an, dass es die zusätzlichen *Kosten* seien, die verhinderten, dass ihr Wunsch nach stärkerer Nutzung des Internets verwirklicht würde. Das sind nahezu ein Drittel aller Älteren. In den beiden darunter liegenden Altersgruppen ist es jeweils nur ca. ein Viertel.

Die finanzielle Lage älterer Menschen spielt demnach eine wesentliche Bedingung für eine *Teilhabe* an Internet und Neuen Medien. Wir sollten daher berücksichtigen, dass die Senkung der Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner *auch* in dieser Frage falsch ist – Stichwort Rentenreformen von Rot-Grün. Es gibt also noch einen Grund mehr, die Renten um vier Prozent zu erhöhen. Dafür streiten wir.

### **Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:**

<http://www.lothar-bisky.de>



**Rede: Medienkompetenz Älterer stärken - Die digitale Kluft schließen**

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1329046647>

**PE: Verstehen und handeln**

<http://die-linke.de/presse/presseerklarungen/detail/zurueck/presseerklarungen/artikel/verstehen-und-handeln/>

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



**PE: Gute Arbeit statt Frisieren an der Statistik**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1293898641>

**PE: So sieht Dankbarkeit aus**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1213444312>

**PE: Rasterfahndung bei der Bahn muss aufgeklärt werden**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1247058621>

<http://www.diana-golze.de>



**PE: Kinderlärm ist Zukunftsmusik**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1229043547>

**PE: Kinderarmut per Gesetz ist verfassungswidrig**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1291158260>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



**PE: Deals nicht gesetzlich erlauben, sondern verbieten**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1270020144>

**PE: Zumwinkel-Prozess – die Justiz braucht mehr Personal**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1282000655>

**Rede: Gefährliche Stille**

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1307772031>

**Rede: Die Kleinen hängt man, mit den Großen dealt man**

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1387182704>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



**PE: Wichtiges Signal zur Stärkung der Rechte von Frauen**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1286110396>

**PE: Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern ist ein Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1289693319>

info@ (Kurz-) Rückblick auf die Sitzungswoche info@

### Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit

Der Bundestag beriet am Donnerstag Anträge zur Sozialpolitik. DIE LINKE machte in der Debatte klar, dass seit den Hartz- Reformen Erwerbslosen der "rapide und drastische soziale Absturz" droht. Wenn die Voraussetzung für den Hartz- IV- Leistungsbezug Bedürftigkeit sei, bedeutet dies, dass Verarmung die Vorbedingung für die soziale Unterstützung sei. DIE LINKE fordert die Einführung einer Vermögensfreibetragsgrenze von 20.000 Euro, damit soll die Zugangsbarriere zu sozialen Leistungen abgebaut werden.



**Rede von Klaus Ernst:** <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1309199551>

**Antrag: "Angemessenheit der Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II - Beschäftigung fördern statt Zwangsumzüge"**

(Drs. 16/11683) [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757772139\\_1611683.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757772139_1611683.pdf)

### Konjunkturpaket II - 50 Milliarden gegen die Krise

Über das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung diskutierte der Bundestag am Freitag in erster Lesung. »Wer wie die Bundesregierung den Banken Milliarden zur Verfügung stellt, aber nicht dafür sorgt, dass die Banken diese Milliarden nicht irgendwohin auslagern, veruntreut Milliarden von Steuergeldern«, kritisiert Oskar Lafontaine. Die Verluste der Banken werden verstaatlicht, die Gewinne aber bleiben privat. Das ist eine Fortsetzung der Umverteilungspolitik "von unten nach oben" kritisiert Oskar Lafontaine. Nach wie vor wird zu wenig in die Bildung und die Infrastruktur investiert. DIE LINKE fordert zum Konjunkturpaket, die Krise "mit mehr Gerechtigkeit" zu überwinden und Großbanken zu verstaatlichen.



**Antrag: Mit mehr Gerechtigkeit die Krise überwinden"**

(Drs. 16/11746) [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7764985097\\_1611746.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7764985097_1611746.pdf)

**Antrag: "Großbanken vergesellschaften"**

(Drs. 16/11747) [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787204444\\_1611747.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787204444_1611747.pdf)

**Interview – Oskar Lafontaine: Die Regierung veruntreut Milliarden von Steuergeldern**

[http://www.linksfraktion.de/interview\\_der\\_woche.php?artikel=1568500481](http://www.linksfraktion.de/interview_der_woche.php?artikel=1568500481)

**Gregor Gysi: Konjunkturpaket II zur Bekämpfung der Krise ungeeignet**

<http://www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1421567883>

### weitere parlamentarische Initiativen der LINKEN dieser Sitzungswoche:

Alle Anträge, Gesetzesinitiativen, Kleine Anfragen etc. der LINKEN der 16. Legislaturperiode finden Sie auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter :

<http://www.linksfraktion.de/initiativen.php>

**Antrag: "V-Leute in der NPD abschalten"**

(Drs. 16/9007) [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783823085\\_1609007.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783823085_1609007.pdf)

**Kleine Anfrage: „Rechtsextreme Aufmärsche im 4 Quartal 2008“**

(Drs. 16/11692) [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7779601674\\_1611692.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7779601674_1611692.pdf)